

September 2020

Länderbericht

Auslandsbüro Myanmar

**KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**



Wahlen 2020 in Myanmar und der mögliche Einfluss ethnischer Parteien.

Dr. Thomas S. Knirsch, Annabelle Heugas

Am 8. November 2020 werden in Myanmar trotz der Unwägbarkeiten der COVID-19-Pandemie die dritten allgemeinen Wahlen nach den politischen Reformen von 2010 durchgeführt. 93 politische Parteien mit über 7.000 Kandidatinnen und Kandidaten werden um die 1.171 Sitze in beiden Kammern des Unionsparlaments und in den sieben Staaten- und sieben Regionalparlamenten kandidieren. Bei den diesjährigen Parlamentswahlen sind über 37 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, von denen 5 Millionen Erstwählerinnen und Erstwähler sind.

Ethnische Parteien bringen sich in Stellung

Während die regierende National League for Democracy (NLD) und die vom Militär unterstützten Oppositionspartei Union Solidarity and Development Party (USDP) die größten politischen Parteien des Landes sind, und dies nach den Wahlen sicherlich auch bleiben werden, darf die Bedeutung der kleineren und etwa 60 ethnischen Parteien für diese bevorstehenden Wahlen nicht unterschätzt werden. Einige politische Analysten sind sogar der Ansicht, dass weder die NLD noch die USDP genügend Sitze gewinnen werden können, um eine Regierung zu bilden. Sie vertreten die Meinung, dass dies möglicherweise die Tür zu einer Koalitionsregierung öffnen könnte, die aus Bündnissen verschiedener ethnischer

Parteien bestehen könnte. Die Mehrheit der Kommentatoren ist jedoch der Auffassung, dass die NLD wieder auf ungeteilte Herrschaft zusteuert. Die Vorstellung einer Machtteilung schätzen sie als unrealistisch ein.

Welche Prognose auch immer zutreffen wird, wird dieser Länderbericht zunächst einen Überblick über den konstitutionellen Rahmen, der die Wahlen in Myanmar regelt, geben. Danach wird die Entwicklung nachgezeichnet, die den Weg von einer autoritären (Militär-)Herrschaft hin zu einer parlamentarischen Demokratie mit starkem Einfluss des Militärs ermöglichte. Schließlich untersuchen wir die Bedeutung ethnischer Parteien bei den bevorstehenden Wahlen sowie weiterer Faktoren, allen voran die COVID-19-Pandemie, die Einfluss auf die Wahlen und deren Ausgang haben könnten.

Die Verfassung Myanmars, die Wahlgesetzgebung und der steinige Weg zur Demokratie

Die wichtigsten Punkte der Verfassung in Bezug auf die Wahlen können wie folgt zusammengefasst werden:

- › Die Pyidaungsu Hluttaw, Myanmars Zweikammerlegislative auf Unionsebene, ist unterteilt in die Amyotha Hluttaw (Nationalitätenhaus/Oberhaus) mit 224 Sitzen und in die Pyithu Hluttaw (Repräsentantenhaus/ Unterhaus) mit 440 Sitzen.
- › Es gibt subnationale Parlamente und Regierungen in jedem der sieben Staaten und sieben Regionen (ethnische Gebiete) des Landes.
- › 25% der Sitze in allen Legislativen sind für das Militär reserviert, so bleibt dessen Einfluss und Macht in quasi allen wichtigen Fragen erhalten.
- › Der Präsident wird von einem Wahlkollegium für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Er ist verantwortlich für die Ernennung des Kabinetts, der Mitglieder von Verfassungsorganen, der Wahlkommission der Union sowie für die Ernennung von Hluttaw-Vertretern zu „Chief Ministers“ (Ministerpräsidenten) der Regionen und der Staaten.
- › Trotz der Befugnisse, die dem Präsidenten von der Verfassung als Regierungschef übertragen wurden, liegt die Regierungsführung des Landes seit 2015 de facto bei der Staatsrätin. (Eine Position, die für Aung San Suu Kyi eingeführt wurde, um dem Verfassungsverbot entgegenzuwirken, dass myanmarische Staatsbürger mit ausländischem Ehepartner oder Kindern nicht für die Präsidentschaft kandidieren dürfen.)
- › Myanmar hält seine allgemeinen Wahlen alle fünf Jahre ab, meist im November.

Neben der Verfassung von 2008 richten sich die Wahlen seit 2010 nach dem Gesetz über die Wahlkommission der Union, dem Gesetz über die Registrierung politischer Parteien und den Zusatzbestimmungen zur Registrierung von Parteien, den Pyidaungsu-Hluttaw-Wahlen und den Regionen- und Staatenwahlen. Der ordnungsgemäße Ablauf der Wahlen und die Anwendung der Wahlgesetze, Verordnungen und Direktiven werden von der Unionswahlkommission überwacht. Die Übertragung der Wählerstimmen in Mandate erfolgt nach dem Mehrheitswahlsystem (*First Past The Post*).

Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1948 hat es in Myanmar vier Arten von Regierungssystemen gegeben: Westminster-Demokratie (1948-58, 1960-62), Militär-Junta der ersten Generation sowie die geschäftsführende Regierung und die burmesische Sozialistische Programmpartei (1959-60, 1962-88), die Junta der zweiten Generation (1988-2011), die quasi zivile Verwaltung von General Thein Sein (2012-15) und schließlich die Regierung der nationalen Versöhnung von Aung San Suu Kyi (ab 2015).

Die ersten Wahlen fanden 1947 statt, bei denen die Antifaschistische Liga für die Freiheit des Volkes (AFPFL) 173 der 210 Sitze errang, da sie in über 50 Wahlkreisen ohne Gegenkandidaten kandidierte. Nach der Wahl sollte Aung San, der Studentenführer, der zum General und dann zum Politiker wurde, Premierminister werden. Nach der Ermordung von Aung San und sechs weiteren Kabinettsmitgliedern am 19. Juli 1947 vor seinem Amtsantritt wurde U Nu sowohl Premierminister von Myanmar als auch Führer der AFPFL.

Nach 1948 fanden drei weitere Wahlen statt. Bei den Wahlen von 1951-52 gewann die AFPFL 199 der 250 Sitze. Bei den Wahlen von 1956 ging die Popularität der AFPFL zurück, die diesmal 148 der 250 Sitze gewann. Am Ende dieses Wahlgangs zog sich U Nu vorübergehend zurück, um die Parteien zu reformieren, und Ba Swe übernahm die Rolle des gewählten Premierministers.

Nach einer Spaltung der AFPFL übernahm schließlich das Militär im Oktober 1958 die Macht, um unter der Übergangsregierung von Ne Win Stabilität zu schaffen. Nachfolgende Wahlen wurden 1960 abgehalten, die weniger als ein Wettstreit zwischen den AFPFL-Fraktionen, sondern vielmehr als ein Referendum über die Politik der Militärinterimsregierung angesehen wurden. U Nu gewann die Wahlen mit 158 von 250 Sitzen und 57% der Stimmen. Trotz des Erfolges startete U Ne Win am 2. März 1962 einen Staatsstreich, der den Beginn einer autoritären Herrschaft in Myanmar für die nächsten 26 Jahre markierte. Trotz der kosmetischen Abschaffung des State Law and Order Restoration Council (der "SLORC") im November 1997, der fortan als State Peace and Development Council (der "SDPC") fungieren sollte, wurde Myanmar spätestens seit 1988 bis 2010 von einer Militärjunta regiert. Während der Herrschaft des SLORC wurde im Mai 1990 nach der gewaltsamen Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen der von Aung San Suu Kyi geführten NLD eine Wahl abgehalten. Bei dieser errang die NLD einen erdrutschartigen Sieg mit 80% der Sitze und 392 der 492 verfügbaren Parlamentsmandate.

Ungeachtet des NLD-Sieges weigerte sich der SLORC, den NLD-Sieg anzuerkennen und eine Regierung zu bilden bis zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Nach der Inkraftsetzung der Verfassung von 2008 gewann U Thein Sein von der USDP bei den Wahlen im Jahr 2010 gleichwohl 80% der Sitze. Unabhängige Gremien bestritten die Legitimität des Wahlergebnisses. Die NLD boykottierte die Wahl vor allem auch aufgrund von Wahlgesetzen, die politischen Gefangenen und somit ihren eigenen Mitgliedern die Teilnahme an den Wahlen untersagten.

Bei den letzten Wahlen im Jahr 2015 errang die NLD einen erdrutschartigen Sieg mit 86% aller wählbaren Sitze in der Pyidaungsu-Hluttaw. Die Annahme dieses Wahlergebnisses bedeutete aber vor allem eines: Sie drückte den breiten gesellschaftlichen Konsens aus, eine Militärregierung oder eine vom Militär unterstützte Regierung zu beenden und eine Ära der Demokratie in Myanmar zu beginnen. Dieses Streben nach Veränderungen wurde durch die hohe Wahlbeteiligung von 70% untermauert.

Nach den Wahlen setzte Aung San Suu Kyi eine Regierung der nationalen Versöhnung mit einem Kabinett von 21 ehemaligen Staatsbeamten und Militärgenerälen ein. Am 6. April 2016 wurde Aung San Suu Kyi offiziell die Rolle der Staatsrätin Myanmars übertragen. Diese Position erlaubt ihr, in Übereinstimmung mit dem Staatsratsgesetz, direkt mit den staatlichen Regulierungsbehörden zu kommunizieren und lässt sie gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig sein.

Die Bedeutung von ethnischen Parteien und Wählern

Die 135 anerkannten ethnischen Minderheiten und deren langer Kampf um Repräsentativität und Autonomie ist eine durchgehende Konfliktlinie in der politischen Auseinandersetzung in Myanmar. Neben der dominierenden Ethnie der Bamar mit knapp 70% stellen die weiteren Ethnien 30% der Gesamtbevölkerung des Landes dar, und bilden damit eine starke Wählerbasis. Historisch gesehen lebten die meisten dieser ethnischen Minderheiten in den Grenzgebieten Myanmars, die in der jüngeren Vergangenheit von der Bamar-Herrschaft im Zentrum des Landes gering oder nur teilweise betroffen waren.

Doch bereits während der Verhandlungen über die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft im Jahr 1948 sprachen sich eine Vielzahl dieser ethnischen Gruppierungen für ihre Autonomie und die Stärkung ihrer Rechte aus. Die Verhandlungen gipfelten damals in dem Panglong-Abkommen, das im Februar 1947 von General Aung San zusammen mit den Führern der Shan, Kachin und Chin im gleichnamigen Ort unterzeichnet wurde. Es garantierte die Autonomie der ethnischen Staaten in Bezug auf deren interne Verwaltung der Grenzgebiete. Die ethnischen Gruppen lehnten jedoch von Anbeginn die Bamar-burmesischen und buddhistisch-nationalistischen Ansichten der Zentralregierung in Rangun ab. Im Jahr 1962 übernahm schließlich das Bamar-geführte Militärregime die Macht und betrachtete seine Rolle fortan als Beschützer der burmesischen Rasse (der Bamar) und der buddhistischen Religion wie auch der Union von Burma. Politische Parteien wurden von der Militärregierung verboten, mit Ausnahme der von ihr unterstützten Burma Socialist Programme Party. Im gesamten Staatsgebiet wurde in den Folgejahren mit Gewalt eine Politik der politischen und kulturellen Assimilierung durchgesetzt. Als Reaktion darauf formierten sich immer mehr ethnische bewaffnete Gruppierungen, eine Entwicklung, die letztlich zu einem Konflikt führte, der als längster Bürgerkrieg der Welt (70 Jahre und andauernd!) bezeichnet wird.

Bis heute gibt es fast 20 dieser Gruppierungen in Myanmar, von denen nur zehn direkt mit der Regierung weiterhin über das Panglong-Abkommen (seit 2015 umbenannt in Panglong-Abkommen des 21. Jahrhunderts) im Gespräch stehen. Letzte Verhandlungen fanden Mitte August 2020 statt. Während des Militärregimes waren die Friedensgespräche zwischen der Armee und den ethnischen Armeen entweder ausgesetzt oder zumeist erfolglos geblieben, da letztere die Bedingungen des Militärs für eine Autonomie, wie etwa die Unterwerfung unter deren Kommando, ablehnten. Das Militärregime hatte jedoch Waffenstillstandsabkommen mit einigen wenigen ethnischen bewaffneten Gruppen unterzeichnet. Diese Abkommen legten fest, dass sich das Militär nicht in die Geschäfte (Rohstoffe, Drogenhandel) in den ethnischen Gebieten einmischen würde, unter der Bedingung, dass sich die ethnischen Führer nicht mit der NLD verbündeten.

Die Demokratiebewegung von 1988 sowie die Aufhebung des Verbots politischer Parteien durch die SLORC-Militärregierung führten zu einer starken (Wieder-)Belebung der Parteienlandschaft. Die NLD und Parteien mit ethnischer Basis bildeten die United Nationalities League for Democracy. Sie arbeiteten eng zusammen, da sie das gemeinsame

Ziel verfolgten, das Militärregime zu beenden. Einige ethnische Führer waren jedoch skeptisch, ob die NLD ihre Anliegen auch nach einem politischen Übergang in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen würde.

Nach der "Sieben-Schritte-Roadmap zur Demokratie" aus dem Jahr 2003 wurden das Gesetz zur Registrierung politischer Parteien und andere relevante Gesetze eingeführt. Das Militär kündigte an, dass 2010 allgemeine Wahlen abgehalten werden sollten. Diesmal wurden 37 Parteien bei der Wahlkommission registriert, von denen 22 Parteien ethnische Minderheiten vertraten. Die größten Parteien, die NLD, die Shan Nationalities League for Democracy und die Arakan League for Democracy boykottierten jedoch die Wahlen. Obwohl die USDP die Wahlen gewann, eroberten ethnische Parteien insgesamt 15% der Sitze in der Pyidaungsu Hluttaw.

Bei den letzten Wahlen im Jahr 2015 nahmen insgesamt 91 politische Parteien an den Wahlen teil, von denen 59 ethnische Parteien waren. Die Bemühungen der ethnischen Parteien im Jahr 2015, sich mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen zu positionieren, führten letztlich nur zum Stimmensplitting und schließlich zu starken Stimm- und Sitzverlusten bei diesen Parteien und dem Sieg der NLD. Während bei den Wahlen 2010 noch 15% der Sitze im Unionsparlament von ethnischen Parteien gewonnen wurden, betrug diese Zahl nach den Parlamentswahlen von 2015 nur noch 11% aller wählbaren Sitze.

Um diese negativen Erfahrungen bei den Wahlen 2020 nicht zu wiederholen, kommt es bereits im Vorfeld zu Bündnissen und Fusionen ethnischer Parteien. Seit dem Übergang zu einer demokratischen Regierung hat es in Myanmar jedoch bislang keine Koalitionsregierung gegeben. Koalitionen zwischen Parteien vor den Wahlen von 2015 waren meistens erfolglos, da sie die Auflösung alter Parteien erfordern hätten, um eine neue Partei zu bilden. Koalitionen zwischen den Parteien in Myanmar bestehen eher in Form von größeren Bündnissen, die eine gemeinsame Vision von Föderalismus und Achtung der ethnischen Rechte teilen. Sie bieten kleinen ethnischen Parteien die Möglichkeit, sich an den Diskussionen über den Friedensprozess und andere politische Fragen zu beteiligen. Der Beitritt zu einem Bündnis ermöglicht es den Parteien auch, Unterstützung beim Parteaufbau und mögliche finanzielle Mittel zur Unterstützung von Wahlkämpfen zu erhalten.

Bei diesen Bündnissen handelt es sich um die Nationalities Brotherhood Federation (NBF), die United Nationalities Alliance (UNA), die Federal Democracy Alliance (FDA) und die United Political Parties Alliance (UPPA). Die Mehrheit der ethnischen Parteien ist mit der NBF oder der UNA verbündet.

Die UNA wurde im Anschluss an die Demokratiebewegung von 1988 gegründet und steht damit der NLD nahe. Die Gründer des Bündnisses waren die Arakan League for Democracy, die Partei Mon Democracy, die Shan Nationalities League for Democracy und der Zomi Congress for Democracy. Sie besteht aus insgesamt 15 Mitgliedern. Die UNA setzt sich für eine ausgewogenere Vertretung ethnischer Minderheiten in der Regierung und ein föderales System ein, das auf einer achtgliedrigen territorialen Aufteilung für Myanmar basiert. Die NBF wurde nach den Wahlen von 2010 gegründet. Unter ihren 22 Mitgliedern befinden sich die Shan Nationalities Democratic Party, die Rakhine Nationalities Development Party und die Chin National Development Party. Obwohl sie ebenfalls einen Bundesstaat und die Rechte ethnischer Minderheiten fordern, sind sie enger mit der USDP verbunden.

Potenzielle Schwungkraft neu geschmiedeter ethnischer Allianzen und das Wahlsystem

Nach den Wahlen von 2015 scheint die größte Lehre, die die ethnischen Parteien aus den vergangenen Wahlen gezogen haben, die Vermeidung von Stimmensplitting zu sein. In Vorbereitung auf die Wahlen im Jahr 2020 dürften folgende Schlüsselallianzen eine wichtige Rolle spielen:

- › Im Bundesstaat Chin schlossen sich 2017 die Chin National Democratic Party (CNDP) und die Chin Progressive Party (CPP) zusammen, gefolgt von der Chin National League for Democracy (CNLD) im Jahr 2018. Sie wählten den Namen der CNLD für ihre neue Partei.
- › Im Kachin-Staat umfasste die Diskussion über die Fusion von Parteien die Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen, religiösen Führern und Mitgliedern ethnischer bewaffneter Organisationen. Letztendlich schlossen sich 2018 die Kachin State Democratic Party (KSDP), die Kachin Democratic Party (KDP) und die Union and Democratic Party of Kachin States (UDPKS) zur Kachin State People's Party (KSPP) zusammen.
- › Im Bundesstaat Kayah schlossen sich 2017 die Kayah Unity Democracy Party (KUDP) und die All Nationals' Democracy Party (ANDP) zur Kayah State Democratic Party (KSDP) zusammen.
- › Im Bundesstaat Kayin schlossen sich 2018 die Phalon-Sawaw Democratic Party (PSDP), die Kayin Democratic Party (KDP), die Kayin State Democracy and Development Party (KSDDP) und die Kayin National Democratic Party (KNDP) zusammen. Sie behielten den Namen der letzteren (KNDP).
- › Im Bundesstaat Mon schloss sich die Mon National Party (MNP) 2018 mit der All Mon Region Democracy Party (AMRDP) zusammen, aber erst nachdem zivilgesellschaftliche Organisationen und buddhistische Mönche sowie Mitglieder einer bewaffneten Organisation der Mon beide Parteien dazu gedrängt hatten. Die neu gegründete Partei erhielt den Namen Mon Unity Party (MUP).

Für manche ethnischen Führer bestand der Zweck der fünf Fusionen wohl vornehmlich darin, die Chancen der ethnischen Parteien auf die Bildung einer Koalitionsregierung mit der NLD zu erhöhen oder überhaupt in den Parlamenten vertreten zu sein. Hierzu sollte man allerdings wissen, dass die Abgeordneten der Pyidaungsu Hluttaw den Präsidenten lediglich durch eine Mehrheitswahl wählen. Die NLD benötigt also keine Übermehrheit, um einen NLD-Kandidaten für die Präsidentschaft zu wählen, der seinerseits ein NLD geführtes Kabinett und die Chief Minister der Staats- und Regionalregierungen von der NLD ernennt.

Vielmehr müsste wahrscheinlich eine Änderung des Wahlsystems hin zu einem Verhältniswahlrecht oder einer Mischform erfolgen, um tatsächlich die Möglichkeit der Bildung von Koalition in Regierung und Parlament zu ermöglichen. Erforderlich wäre in Myanmar die klassische Debatte über die Vor- und Nachteile eines Mehrheitswahlsystems gegenüber einem System der Verhältniswahl. Kritiker des Mehrheitswahlsystems weisen darauf hin, dass es große Parteien begünstigt und das Votum von Minderheiten missachtet. Befürworter halten dem entgegen, dass es eine stabile Regierung garantiert, die von der Mehrheit der Wähler unterstützt wird. Das Verhältniswahlrecht dagegen ist sicherlich ein repräsentativeres und integrativeres System, da die Stimmen der Wähler kleinerer Parteien

berücksichtigt werden. Die Schwäche des Systems besteht jedoch darin, dass es zu einer fragmentierten Regierung führen kann. In einem Land, das aus 135 ethnischen Gruppen besteht und von ethnischen Konflikten gezeichnet wird, muss man sich daher die nicht ganz einfache Frage stellen, ob ein Mehrheits- oder ein Verhältniswahlsystem oder gar eine Mischform den Demokratisierungs- und den Friedensprozess des Landes besser unterstützen kann.

Weitere Einflussfaktoren auf die Parlamentswahl 2020

Der Einfluss, den die COVID-19-Pandemie auf die bevorstehenden Wahlen haben wird, darf nicht unterschätzt werden. Denn die Durchführung einer fairen und integrativen Wahl inmitten der Pandemie ist eine der härtesten Prüfungen für den demokratischen Übergang. Angesichts der Ankündigung der Union Election Commission (UEC), die geplanten Wahlen trotzdem im November durchzuführen, sehen sich die kleineren und ethnisch basierten Parteien im Vergleich zu den größeren Parteien wie der NLD oder der USDP benachteiligt. Es wird erwartet, dass die pandemiebedingte Versammlungsbeschränkung von mehr als 30 Personen einen größeren Einfluss auf die Kampagnen kleinerer und ethnisch orientierter politischer Parteien haben wird. Denn diese setzten bisher zumeist auf traditionelle Wahlkampfmethoden, werden nun aber stärker mittels Online-Kampagnen über soziale Medien um Unterstützung werben müssen. Immerhin verfügen mittlerweile weit über 50% aller Myanmar über einen Mobilfunkanschluss, 34% über einen Internetanschluss, mit starkem Gefälle allerdings zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Gerade die 5 Millionen Erstwählerinnen und Erstwähler werden sich überwiegend über die sozialen Medien zu den Wahlen informieren; deren Einfluss auf den Wahlausgang dürfte entsprechend hoch ausfallen.

Die Bekämpfung der Pandemie kann nur mit der breiten Unterstützung des Militärs in Myanmar erfolgen. Deren politischer Einfluss wird aktuell über die verfassungsmäßigen Rechte hinaus noch ausgeweitet. Die Bildung eines COVID-19-Kontroll- und Notfallreaktionsausschusses, der zu 50% aus vom Militär ernannten Beamten besteht, sei hier als Beispiel genannt. Dieses Gremium entscheidet über die Verteilung von Ressourcen zur Bekämpfung der Pandemie regional als auch hinsichtlich deren Umfang, und umfasst auch die Bereitstellung von Testzentren, Krankenhäusern, Betten sowie Quarantänemaßnahmen, falls erforderlich.

Zur sicheren Durchführung der Wahlen ist die Polizei Myanmar aktuell mit der Rekrutierung und Ausbildung von schätzungsweise 40.000 Hilfspolizisten beauftragt, während sie gleichzeitig versuchen muss, die COVID-19-Beschränkungen in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Angesichts der Pandemie sind viele Verwaltungsstellen der Regierung, die sich aktuell vornehmlich mit Fragen der öffentlichen Gesundheit befassen müssen, möglicherweise kaum in der Lage, gleichzeitig die Wahlvorbereitungen zu koordinieren. Organisationen der Zivilgesellschaft, die eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Wähler durch öffentliche Workshops und Tagungen spielen, sind in ähnlicher Weise mit Fragen im Zusammenhang mit COVID-19 überlastet.

Die Leistung der NLD während der letzten fünf Jahre, auch im COVID-19-Krisenmanagement, dürfte ein gewichtiger Faktor sein, der bei der Entscheidungsfindung der Wähler eine Rolle spielen wird. Es waren nicht nur die Wähler Myanmar, sondern auch die internationale Gemeinschaft, die hohe Erwartungen in die NLD-geführte Regierung setzte, die von der Thein-Sein-Regierung (2010-2015) begonnenen wirtschaftlichen und politischen Reformen weiter umzusetzen. Trotz vieler Fortschritte etwa im Bereich der Infrastruktur und Bildung,

konnten bei weitem nicht alle geplanten politischen und wirtschaftlichen Reformen erfüllt werden. Denn das Handeln der Regierung war von einer schwachen Verwaltung und einer allgemein schlechten Weltwirtschaft beeinflusst, von hoher Inflation bestimmt und von einem „Alptraum der Öffentlichkeitsarbeit“ infolge der Rohingya-Krise überschattet. Auch wurden die Bemühungen um eine in Aussicht gestellte Verfassungsänderung durch das Militär und deren Vetohaltung im Unionsparlament fast vollständig ausgebremst. Dies vornehmlich wohl sehr zur Enttäuschung ethnischer Wähler, die sich über den Weg der Verfassungsreform mehr Mitsprache und Autonomie erhofft hatten.

Schwer einzuschätzen ist auch, wie sich die 5 Millionen Erstwählerinnen und Erstwähler verhalten werden, die teilweise schon zu Wahlenthaltungen aufgerufen haben. Gerade für die junge Generation verblasen die Bilder der Vergangenheit und des Widerstands gegen das Militärregime. Im Vordergrund stehen Themen wie Aussöhnung, Frieden, wirtschaftliche Entwicklung, persönliche Entfaltung und freie Meinungsäußerung. Die beiden großen Parteien NLD und USDP scheinen nur noch schwache Ausstrahlungskraft auf die junge Generation auszuüben. Es fehlen jedoch die zu Mehrheiten fähigen politischen Alternativen, weshalb es spannend sein wird zu beobachten, ob etwa die ethnischen Parteien bei diesem Wählersegment an Zustimmung gewinnen werden können.

Ausblick

Die Mehrheit der Wähler und internationalen Beobachter sind davon überzeugt, dass die NLD eine zweite Amtszeit gewinnen wird, da sich Aung San Suu Kyi weiterhin starker Zustimmung in ihrem eigenen Land erfreut. Diese starke Unterstützung wurde letztlich auch dadurch befeuert, dass sie im Dezember 2019 vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag trat, um ihr Land, das des Völkermordes an den Rohingya angeklagt ist, zu verteidigen. Tausende Menschen hatten sich während der Anhörung im ganzen Land versammelt und Transparente mit der Aufschrift "Wir stehen an der Seite von Staatsrätin Daw Aung San Suu Kyi" getragen. Ihre riskante Entscheidung, sich im Namen Myanmars vor einer internationalen Jury vor Gericht zu stellen, bewerteten einige Analysten bereits damals als taktisches Wahlkampfmittel. Vor allem auch um dem Narrativ des Militärs und einiger Mitglieder des buddhistischen Klerus - beides tragende Kräfte in der Politik und Gesellschaft Myanmars - entgegenzuwirken, dass die NLD nicht nationalistisch genug sei.

Am 23. Juli 2020 stellte die NLD ihre Kandidatenliste für die Wahlen im Jahr 2020 vor. Zu beobachten sind: ein weiterer Anstieg (7%) der Anzahl weiblicher Kandidaten, Nominierung von zwei muslimischen Kandidaten (beide ehemalige politische Häftlinge) sowie vermehrt von lokalen ethnischen Kandidaten in ethnischen Gebieten. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Strategie auszahlen wird, wenngleich die NLD bereits mit der Errichtung eines Ausschusses für ethnische Angelegenheiten im September 2019 darauf hinarbeitete, die Unterstützung der ethnischen Wähler zu gewinnen. Die Strategie könnte jedoch in der Tat dazu dienen, den Fußabdruck der NLD in den ethnischen Staaten zu stärken, aber auch dabei helfen, ihre Optionen gegenüber ethnischen Parteien offen zu halten, falls dies nach den Wahlen erforderlich sein sollte.

Es bleibt offen, ob die NLD in der Lage sein wird, ihren erdrutschartigen Erfolg der Vergangenheit zu wiederholen. Unabhängig davon zeigen die Diskussionen und die reale Möglichkeit einer Koalitionsregierung, dass Myanmar auf seinem späten und schwierigen Weg hin zu einer Mehrparteien-Demokratie weiter gereift ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas S. Knirsch
Auslandsmitarbeiter
Auslandsbüro Myanmar

<https://www.kas.de/de/web/myanmar/home>

thomas.knirsch@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)
Bildrechte Titelfoto: KAS